

Was für eine Asylpolitik ?

Blitzartig haben die Ereignisse in Kosovo und die dort bald eine Million erreichenden Flüchtlinge und Deportierten auch die Schweiz aus ihrem bisher eher gemütlichen Tramp, eine allen Parteien passende Flüchtlingspolitik auf die Beine zu stellen, herausgerissen.

Humanitäre Hilfe, aber auch mehr Verständnis wecken für Demokratie und Menschenrechte

Getreu ihrer traditionellen humanitären Politik hat sich die Schweiz als eines der ersten Länder an der direkten Hilfe zur Linderung des schrecklichen Elends der Flüchtlinge aus dem Kosovo beteiligt. Grundsätzlich befürwortet sie eine solche Hilfe vor Ort. Die brutalen militärischen Zerstörungen auf beiden Seiten werden aber eine Rückkehr, wenn überhaupt, wohl noch lange nicht erlauben. Im Gegenteil, die Ausweitung dieses Brandherds auf den ganzen Balkan wird eine Sturzflut einander rasch folgender Flüchtlingsströme auslösen.

In der Schweiz, dem nach wie vor privilegierten Flüchtlingsland, werden in den kommenden Jahrzehnten hunderttausende von Asylsuchenden unterzubringen sein. Trotz noch soviel Hilfe vor Ort oder gar eine Rückkehr in die Heimat, sollte jedem klar sein, dass das Schweizervolk so oder so für diese Flüchtlinge meistens auf Jahre hinaus, wenn nicht gar für immer, aufzukommen haben wird. Dabei wird es darum gehen, mit dem bei diesen Menschen seit Jahrhunderten aufgestautem ethnischen und religiösen Hass zurecht zu kommen: sie, bis zum Beweis des Gegenteils durch ihr Verhalten, als Freunde zu empfangen, die ihnen helfen wollen, die an sich demütigende Stellung als Asylsuchende zu überstehen und sich auf den Wiederaufbau ihrer Heimat mit soliden, in der Schweiz erworbenen beruflichen Kenntnissen und mehr Demokratieverständnis vorzubereiten. Vor allem anhand des schweizerischen Beispiels lernen, miteinander einigermassen friedlich zusammenzuleben.

Der heutige Zustand

Bereits befinden sich in der Schweiz über 200 000 Kosovo-Albaner (150 000 als Gastarbeiter, ehemalige Asylsuchenden und 50 000 neue Gesuchsteller) . Die Schweiz ist bereit, diesen Flüchtlinge das Asyl bis auf weiteres zu garantieren und sofort weitere zuzulassen. Mehr als bisher, wäre darauf zu achten, den Bedürftigsten, den Kranken, Alten und Invaliden, besonders auch den Kindern und jungen Menschen (warum nicht auch im Rahmen des Pestalozzi-Dorfes) die Zuflucht in die Schweiz, auch bei den hier lebenden Verwandten zu gewähren. Theoretisch könnte sich somit die Zahl der Kosovo-Albaner in den nächsten Wochen und Monaten verdoppeln, dürfte auf jeden Fall kurzfristig bald einmal eine Viertelmillion Menschen übersteigen.

Wird noch berücksichtigt, was alles in den nächsten Jahren an anderen Flüchtlingen aus dem Balkan (Serben Mazedonier, Montenegriener, Bosniaken usw.) auf die Schweiz zukommen könnte, dann hat jetzt die Stunde der Wahrheit für eine umfassende, realistische und wirksame Asylpolitik geschlagen. Dazu braucht es eine ganze Reihe zusätzlicher Massnahmen zu dem am 13.Juni zur Abstimmung gelangenden revidierten Asylgesetz.

Bessere qualitative und quantitative Kontrolle

Die Schweiz bleibt nach wie vor ein offenes Land für jene Ausländer, die wirklich eine neue Heimat, ehrliche Arbeit, ein menschenwürdiges Dasein oder ganz einfach Schutz vor Terror und Krieg suchen. Der grösste Teil der Ausländer fühlt sich auch wohl in der Schweiz. Kein Wunder mit den weltweit höchsten sozialen Leistungen für Flüchtlinge, einem Ausländerbestand von mehr als 2 Millionen Menschen und einem demokratisch- föderalistischen Staatsaufbau, der eine Integration in die Bevölkerung erleichtert.

Dieser Eingliederungs-Prozess wäre durch eine ausgewogene und für das Land tragbare Einwanderungspolitik zu beschleunigen. Aber gleichzeitig müsste eine solche

Politik, und das in *erster Priorität, einen äusserst wirksamen Schutz der Grenze und der Bevölkerung* vor den illegal einreisenden, sich im Lande herumtreibenden, die anderen Flüchtlinge verunsichernden, Drogenhandel und andere Straftaten begehenden Asylsuchenden garantieren. Zudem wäre eine *qualitative* zur Zusammensetzung der Bevölkerung passende Auswahl sicherzustellen.

Alle Asylsuchenden müssten *Gewähr dafür bieten, den demokratischen Aufbau und den Ordre public, sowie alle Gesetze der Schweiz zu respektieren*. Auf jeden Fall wäre eine *obere Grenze der für das Land tragbaren Zahl von Asylsuchenden* unabdingbar festzulegen. Ebenso eine gleichmässige Verteilung über das ganze Land, damit keine Zusammenballungen entstehen, welche die vorhandene Wohnbevölkerung, einschliesslich der bereits anwesenden Ausländern, dominieren.

Konsequente Ab- und Ausweisungs-Praxis

Natürlich ist die Eingliederung von Flüchtlingen, die aus einer rauhen, brutalen Welt kommen, wo Not, Terror, Totschlag, Verwüstung und Massendeportation vorherrschen, besonders schwierig. Heissblütig von Natur aus, konfrontiert mit unserer Wohlstandsgesellschaft, geplagt von der Sorge um ihre im Elend zurückgelassenen Angehörigen, sind, zwar nicht die Mehrheit, aber doch ein leider wachsender Teil der heute in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge für ein kriminelles auch im Rahmen des organisierten internationalen Verbrechertums, “renitentes” (früher sagte man aggressives) und “subversives” Verhalten anfällig. Die rasch zunehmende Zahl von kleineren und grösseren Straftaten, die häufig blutigen Auseinandersetzungen der einzelnen Gruppen unter sich, sowie der durch neue Konflikte ausgelöste Zustrom von Flüchtlingen, die damit verbundenen, gewalttätigen Massendemonstrationen und eine neutralitätswidrige politische Tätigkeit in der Schweiz haben breite Teile der schweizerischen Bevölkerung, bei allem Verständnis für die Bestrebungen nach Freiheit und Autonomie, verunsi-

chert, aber auch verärgert über so wenig Dankbarkeit für das gewährte Gastrecht. Die humanitären Zielsetzungen der schweizerischen Asylpolitik können nur sichergestellt werden, wenn umgehend alle Asylsuchenden ausgewiesen werden, die das Flüchtlingsstatut missbräuchlich in Anspruch nehmen oder in irgendeiner Form straffällig sind.

Dieser Grundsatz wäre in einem internationalen Flüchtlingsstatut für alle verbindlich zu erklären.

Eine einfach und klar strukturierte Verwaltung

Irgendwie, und das kam besonders bei den letzten Arena-Gesprächen, besonders am 16. April, deutlich zum Vorschein, ist die Rechtslage betreffend die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen viel zu komplex, um nicht zu sagen “verwirrt”. Die Verfahrensfristen sind viel zu lang. In vielen Fällen verunmöglicht eine sehr zurückhaltende Justiz ein energisches Vorgehen der Polizei gegen die, besonders im Drogenhandel wiederholt straffälligen Asylsuchenden. Dem illegalen Aufenthalt gegenüber fehlt es an einem personalmässig genügenden Grenzschutz und Kontrollen im Inland. Und die Nachbarn der Schweiz, insbesondere Italien, betrachten sich ohnehin nur als Durchgangsland der Flüchtlinge aus dem Kosovo nach anderen Destinationen - womit natürlich die Schweiz gemeint ist.

Der auf Jahre zurückgehende Vorschlag, den Vollzug aller fremdenpolizeilicher Bestimmungen (von der Ankunft, während dem Aufenthalt und bis zum Weggang) zur Aufgabe des Bundes zu erklären, sollte nun rasch verwirklicht werden. Ein Bundespolizeikorps, zusammen mit einem, allenfalls durch die Armee verstärkten Grenzschutz, in engster Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikräften, würde ermöglichen, illegale Einwanderer und Aufenthalter, sowie alle straffälligen Ausländer zu erfassen und bis zu ihrer Ausschaffung sicher zu stellen. Und diese dann zügig durchzuführen.

Humanitäre Aktionen können kurzfristig den Flüchtlingsstrom nicht eindämmen

Es wäre eine Illusion, zu glauben, der Flüchtlingsstrom könne kurzfristig durch Friedens-, Sicherheits- und andere Massnahmen im Ursprungsland, insbesondere bei einer Situation wie im Kosovo, entlastet werden. Sicher nicht von der Schweiz allein, obwohl sie eines der Länder ist, das auf diesem Gebiet mehr als die meisten anderen tut. Die schweizerische humanitäre Hilfe vor Ort wäre deshalb auf jeden Fall, besonders heute, noch mehr zu intensivieren.

Die heutigen Verwüstungen in Kosovo, aber auch in Serbien, die ungenügenden Mittel in den Nachbarstaaten zeigen, dass die Situation allein mit einer noch so grossartigen internationalen humanitären Hilfe nicht unter Kontrolle gebracht werden kann, wenn nicht umgehend eine Rückkehr des grössten Teils der Flüchtlinge in ihre Heimat sicher gestellt wird. Dazu braucht es eine politische, militärisch abgesicherte Lösung, welche die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau und eine wirtschaftliche Existenzsicherung schafft. Das wiederum wird ohne eine für die einzelnen Völker/Ethnien und Religionen vernünftige, gerechte und dauerhafte, international garantierte Neuordnung des Balkans niemals Wirklichkeit werden, ob das nun ein neuer Marshall-Plan, ein Balkanstatut, eine Union wie die EU, oder - was am meisten Chancen haben dürfte - eine verstärkte Freihandelszone ist. Auf jeden Fall sollte dabei das Ziel einer globalen schweizerischen Asylpolitik sein, mit allen verfügbaren Mitteln bei diesem Wiederaufbau, insbesondere der provisorischen Unterbringung und Ernährung der zurückkehrenden Flüchtlingen, an verantwortlicher Stelle mitzuarbeiten.